



Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifert Straße 32. IV. Volkshaus
Telephon 768

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die einpaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. - Inserate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 41. Sonnabend, den 12. Oktober 1918. 22. Jahrgang.

Den Delegierten zum Gruß!

In einem weltgeschichtlichen Zeitpunkt tritt unser Verbandsstag am 1. Oktober in Leipzig zusammen. Wir alle stehen noch unter dem mächtigen Einbrüche des Friedensangebotes, welches der Reichskanzler am 5. Oktober, als der 1. Kanzler nach demokratischen Recht, an den Präsidenten der vereinigten Staaten Nordamerikas ergehen ließ. Wir wissen bei Abfassung dieser Zeilen nicht, in welcher Weise sich die Parteien entscheiden wird, aber daß wissen wir, daß in Deutschland nun nicht die alte Reaktion mit ihrem Drum und Dran, vernichtend geschlagen ist. Mit dem 5. Oktober beginnt in Deutschland eine neue Ära, welche auch dem Volke den geliebten Einfluß im Reiche bringen wird. Ob sich gleich alles im Sinne der Demokratie entwickeln wird, steht noch dahin, aber der Stein ist im Rollen, das Joch der Konventionen darf als abgeschüttelt gelten, ganz gleichgültig, wie sich diese Herrenmenschen zu den neuesten Ereignissen sonst noch stellen werden. Der Freiheit ist eine mächtige Gasse gebahnt.

Auf den meisten Kongressen hörten wir zum Ueberfluß in den Eröffnungsreden die Forderung, daß der Tagungsort als „historischer Ort“ anzusehen sei. Aber fürwar, Leipzig ist historischer Ort im wirklichen Sinne des Wortes. Vor 108 Jahren wurde hier Napoleon, der die Unmöglichkeit der deutschen Fürsten stets zu seinen Gunsten ausnützte, vernichtend geschlagen, vom 16. bis 18. Oktober 1813 zertrüben die Pläne Napoleons, der eine Welt Herrschaft aufzulegen wollte, in tausend Atome. Das deutsche Volk, politisch völlig ungeschult, wurde durch die deutschen Fürsten schamlos hintergangen, und um den Siegespreis gebracht. Auf den Leipziger Schlachtfeldern ging das Weltmachtsideal Napoleons in die Brüche, aber dieses Ideal fand später, als Deutschland nach dem sechsjährigen Kriege wieder geeinigt war und industriell mächtig erstarkte, viele Nachahmer in der deutschen Regierung, und Herrenkastei. Der 5. Oktober 1918 hat auch diese Ideale der deutschen Macht und Herrenmenschen in alle Winde zerstreuen lassen. Der Traum der Alldeutschen ist ausgeräumt und wohl für immer.

Ferdinand Lassalle ließ 1863 von Leipzig aus sein offenes Antwortschreiben an die deutschen Arbeiter hinausflattern, jenes Manuskript, welches unseren Vätern politisch den Weg zeigte. Damals bestand sogar Rebel noch in der Gegenstellung zu Lassalle, aber welche ungeheure Machtstellung hat sich seitdem die deutsche Arbeiterkraft zu verschaffen gewußt! Als 1870 der Krieg ausbrach, fragte in Deutschland kein Mensch danach, wie sich die Sozialdemokratie zum Kriege verhalten sollte. So unbedeutend war sie damals. Bei Beginn dieses Krieges übte die ganze Welt auf die deutsche Sozialdemokratie ob sie ihr Vaterland verteidigen würde. Als Scheidemann vor drei Jahren bezeugte gegen die Alldeutschen zu Felde zog, wurde sein Name und die ganze deutsche Sozialdemokratie zu diskreditieren versucht, heute stehen die Sozialdemokraten in der Regierung und der ganzen Welt wird in klarer unabweisbarer Weise der Frieden der Verständigung angeboten. Und es sind denkwürdige Worte die der Reichskanzler Prinz Max von Baden am 5. Oktober im Reichstag aussprach und die unter anderem lauten:

„Nur die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mich weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ersten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schulter eines einzelnen wären zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn das Volk an der Bestimmung seines Geschicks im weitesten Umfange teilhaften Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner freierwähltesten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen. Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu den höchsten Ämtern im Reiche gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen ist, ohne dessen überzeugungsstrenge Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre.“

Was ich heute hier ausspreche, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner amtlichen Mitarbeiter, sondern auch im Namen des deutschen Volkes.
Das Programm der Mehrheitsparteien, auf die ich mich stütze, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschliebung des Reichstages vom 19. Juli desselben Jahres. Es betundet ferner die Bereitwilligkeit, sich einem allgemeinen Bunde der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starken und Schwachen, anzuschließen.“

Die Machthaber Deutschlands haben nun allerdings einsehen gelernt, daß die Reichsregierung nach demokratischen Grundgesetzen gebildet werden mußte. Vor zwei Jahren noch fanden in Arbeiterkreisen all die Reden ein williges Ohr, daß die preussischen Junker unter keinen Umständen das Dreiklassenwahlrecht aufgeben werden. Was die Junkerlast heute über das Dreiklassenwahlrecht denkt -, ist für die Allgemeinheit jetzt ohne Bedeutung geworden. Und es wird die Zeit noch kommen, wo in Preußen auf die Mauern des Herrenhauses in Trümmern gehen, und wenn die erfüllbarsten zur Zeit noch so sehr am Besahnd ihrer hunderbaren politischen Schatzung herumzimmern.

Wir haben mit diesen paar Bemerkungen bloß zeigen wollen, welche gewaltige Veränderungen dieser Weltkrieg auch im innerpolitischen Leben Deutschlands nach sich ziehen wird. Wir hatten unter: Erfolge in politischer und meist auch gewerkschaftlicher Hinsicht stets vernachlässigt. Wir hatten keinen Maßstab dafür, wie stark die Position der deutschen Arbeiter von 1863 bis 1890, also bis zum Falle des Sozialistengesetzes, wurde. Wir glaubten, weil die Gewerkschaften um das Jahr 1910 herum an die zwei Millionen Mitglieder mußten konnten, daß nun alle unsere Forderungen glatt erfüllt werden müßten. Kam ein kleiner Rückschlag, wurde ein Streit verloren, oder drohten die Unternehmer mit einer großen Aussperrung, dann zweifelten viele an der Macht der Gewerkschaftsbewegung, und die wenigen Einsichtigen kamen nicht recht zur Geltung. Bei Kriegsausbruch 1914 bangten viele um das Bestehen der Gewerkschaften, die große Krise wurde glänzend überstanden, einige Organisationen haben einen Aufschwung zu verzeichnen, wie nie in Friedensjahren. Und da sollen wir daran noch zweifeln, daß die deutschen Gewerkschaften im Wirtschafts- und Kulturleben nicht eine ungeheure Macht darstellen, die sich täglich noch vermehren wird.

1902 hatten die Steinarbeiter in Leipzig ihren Kongress ab. Die „loke“ Organisationsform wurde aufgehoben, die straffere Zentralisation geschaffen. Eine bedeutende Minderheit „prophezeite“, mit dem Verband gehe es nun abwärts, das Gegenteil trat ein. 1902 tritfen wir uns damit herum, ob wir genau 8000 Mitglieder zählten,

oder ob buchgemäß bloß 7700 Mitglieder vorhanden waren. Im Jahre 1914 waren wir auf 32 000 Mitglieder „hinaufgestiegen“, obwohl die Organisationsverhältnisse in der Steinindustrie viel schwieriger sind, als wie in allen andern Berufen. Die Steinindustrie dominiert nur auf dem Lande und in Gebirgsgegenden, und das belagt genug, wie schwierig sich bei uns die Agitationsverhältnisse gestalten. Aber der Steinarbeiter geht einem schweren Beruf nach, er muß mit großer Zähigkeit schaffen, um den Felsen die Rohblöcke abzugewinnen, der Steinmehlschleifer wiederum hat noch größere Zähigkeit zu entwickeln, um die plumpen Gesteinsstücke nach dem Willen des Arbeiters zu formen. Aber an unserem eigenen Beruf haben sich die Kollegen ein Vorbild genommen und den Verband, mit dem es gar nicht vorwärts gehen wollte, auszubauen.

Die Verbandsleitung plant wiederum, daß bedeutende Veränderungen am Statut vorgenommen werden sollen, und sicherlich werden dem die Delegierten zustimmen. Wir haben uns mit Vorbedacht diesmal zu den einzelnen Punkten nicht geäußert. Wir sind aber der Meinung, daß die Vorschläge des Vorstandes das mindeste sind, was angenommen werden muß. Und das verfassungskonforme Arbeitsprogramm zeigt, daß der gewerkschaftliche Rohmen heute etwas weiter gespannt ist als wie vor 10 Jahren. Leider sind zu jenem Arbeitsprogramm noch keine kritischen Stimmen erfolgt.

Die politische Partei der Arbeiter ist gespalten, wir sagen leider. Vom Meinungsstreit der beiden Parteien haben wir uns ferngehalten, wir haben den bedauernden Wert der Trennung pflichtgemäß konstatiert. Aber gerade jetzt ist Geschlossenheit nötiger als je, kein Mensch weiß, was die kommenden Tage bringen werden. Es gibt um die Selbstständigkeit des deutschen Volkes, um die Existenz des Reiches überhaupt. Hoffen wir, daß das Friedensangebot zum wirklichen Frieden führt, in einem Deutschland, das sich mit den andern großen Völkern verständigen kann, und wirtschaftlich nicht unterjocht wird, wird die Arbeiterschaft noch eine ganz andere Rolle spielen als wie unter der Regierung der preussischen Junker. Ueber das eine sind wir uns wohl klar, im „neuen, noch weiter auszubauenden Deutschland“ wird die organisierte Arbeiterschaft eine führende Stellung einnehmen. Deshalb ist die Stärkung der Gewerkschaften für die Zukunft besonders wichtig.

Wir begrüßen die Delegierten in Leipzig auf das herzlichste und hoffen, daß die Tagung der gestellten Aufgabe im vollen Umfange gerecht wird.

Die Werkzeugfrage in der Steinindustrie.

Zit der Hartstein- sowie auch Schleifereiindustrie besteht teilweise noch die Einrichtung, daß die Steinmehnen das Werkzeug selber stellen müssen. Für diese macht das im Jahre ganz ansehnliche Ausgaben, denn die Beschaffung des Werkzeuges kostet zum mindestens 100 Mk., dann wird das Schärfe des Werkzeuges pro Woche mit 1 1/2 - 2 Mk. anzuschlagen sein, je nach den Materialien, die in Frage kommen. Die schwedischen Granite, dann die im Odenwald, im Schwarzwald und im Bayrischen Wald „fressen“ sehr viel Geschirr, wie der Steinmehnen zu sagen pflegt.

Unter unseren Kollegen ging seit Jahren schon das Bestreben dahin, daß das Werkzeug die Firmen selber stellen müssen, daß diese auch für das Schärfe des Werkzeuges aufzukommen haben. Diese Forderung ist doch eigentlich selbstverständlich. Aber nein, bisher hat man einen Teil der Granit-arbeiter diese Unkosten aufzubürden verstanden, und es ist schon mancher Kampf deswegen geführt worden. In einigen Bezirken besteht sogar die vorinstufliche Einrichtung, daß sich der Steinmehnen sein Werkzeug selber schärfen muß. Das ist geradezu eine Zeitvergeudung, ein richtig disponierender Betriebshaber müßte mit einer solchen Einrichtung sofort brechen. Die Anfnahme einer Schmiedewerkstatt in einem Granitbetrieb ist genau so wichtig, ja noch wichtiger als wie das technische Bureau. Das Schärfe des Werkzeuges zur Granitbearbeitung will besonders gelernt sein, unter zehn Schmieden gibt es kaum vier, die etwas tüchtiges leisten. Aber dem Steinmehnen wird auch diese Arbeit noch zugemutet, besonders im Fichtelgebirge ist es gebräuchlich, daß er sein Werkzeug selber schärft.

Aus den Tarifen führen wir nun einige Orte an, um zu zeigen, daß das Werkzeug nicht überall gestellt werden muß. Mit Vorbedacht haben wir deshalb auch die Bestimmungen aus dem Fichtelgebirgstarif hierher gefickt, denn dort wird die Frage wegen des Werkzeuges am ersten aktuell. Die betreffenden Bestimmungen lauten:

Auerbach. (Firma Niedlinger). „Sämtliches Werkzeug, sowie Schmiedekosten bestreitet der Unternehmer.“ (Seite 11, Allgem. Bestimmungen.)

Bährischer Wald. § 9. (Sämtliche Firmen.) Sämtliches Werkzeug für Transport und Bearbeitung sowie das Schärfe der Werkzeuge wird von den Geschäften gestellt, sofern keine Vereinbarung besteht, daß die Arbeiter für Beschaffung und Schärfe der Werkzeuge selbst aufzukommen haben. In diesem Falle wird den Steinmehnen ein Zuschlag von 8 Proz. und den Brechern ein solcher von 6 Proz. an ihrem Arbeitsverdienst vergütet.

Bruckmühl. (Firma Kössner.) § 1 des Tarifes: Geschirr und Schmiedeschärfe frei.

Dresden. Keil & Comp.) „Das für die Steinmehnen nötige Arbeitsgeschirr wird vom Arbeitgeber selber gestellt. Schmiedeschärfe hat der Steinmehnen zu tragen. Es wird ihm jedoch pro volle Woche von der Firma der Betrag von 80 Pf. hinzubezahlt. Der Arbeitgeber bleibt bemüht, für bestmögliche Werkzeug zu sorgen.“ (Seite 8 des Tarifes.)

Für Schleifer, siehe Seite 16 des Tarifes: „Die Schleifmaterialien usm. werden dem Schleifer von der Firma zum Selbstkostenpreis geliefert. 1 Kilogramm Stahlmasse 20 Pf.“

Einbed. (Firma Lausche & Comp.) Für Steinmehnen Werkzeug frei.

Für die Hand Schleifer lautet Position 112: Schleifmaterial wird den Schleifern abgegeben:
pro Kilogramm Stahl . . . 0.20 Mk.
Schmirgel . . . 0.25 „
Karbtorundum 1.30 „
Zinnmasse . . . 2.20 „

Für Schleifer im Stundenlohn freies Schleifmaterial.
Eisenach. (Drems.) § 12: „Werkzeug und sämtliche Poliermaterialien werden vom Arbeitgeber gestellt.“

Eisenach. (August Conradus.) Werkz. und Schärfe frei.
Fichtelgebirgstarif. „Das Werkzeug (Geschirr) haben die Steinmehnen selbst zu beschaffen. Die seitherigen Sätze für Geschirrschärfe der Steinmehnen werden wie folgt ermäßigt:

für 100 Eisen von 50 auf 25 Pf.,
für Stockhammer von 35x35 mm von 20 auf 10 Pf.
45x45 „ „ 30 „ 15 „
„ über 45x45 „ „ 50 „ 25 „

„Diese Ermäßigungen dürfen nicht zur Folge haben, daß das Werkzeug etwa halb verbraucht in die Schmiede gebracht wird.“ (§ 38 des Fichtelg. Tarifes, sowie Tarifergänzung vom 28. 4. 1914.)

Für Hand- und Maschinenschleifer lautet der Nachtrag vom 28. 4. 1914. (§ 5):
„Der Preis für Karbtorundum wird wie folgt festgesetzt:
Karbtorundum-Bruch, gute Qualität 1.- Mk. per Kg.
„ „ „ „ 1.20 „ „ „
„ „ „ „ „ 1.20 „ „ „
„ „ „ „ „ 1.50 „ „ „

Gotha. (Granitwerke G. m. b. H.) § 36: „Das Werkzeug wird den Steinmehnen vom Arbeitgeber gestellt, doch übernimmt der Arbeitnehmer die Verantwortung für verloren gegangene Stücke.“ § 17: Das Schleifmaterial wird berechnet: Stahlmasse 20 Pf., Schmirgel 40 Pf., Karbtorundum 1.20 Mk. per Kilo.

Jena. (Firma Herm. Conradus.) Werkzeug und Schärfe frei. § 7 lautet: „Bei ungenügendem Werkzeug und Material wird im Lohn gearbeitet.“

Karlruhe. (Mupp & Möller.) (Seite 2): „Das Schleifmaterial wird von den Arbeitern gestellt; jedoch wird bei Marmor eine Entschädigung von 3 Proz. und bei Syenit und Granite eine solche von 1 1/2 Proz. des verdienten Lohnes bezahlt.“ (Kostentabelle siehe Seite 79 des Tarifes.) Für Steinmehnen: Seite 78 § 11 des Tarifes.

„In den Sätzen des Tarifes wird das gesamte Werkzeug von der Firma gestellt, sowie das Schärfe des Werkzeuges kostenlos übernommen. auch steht den Steinmehnen bei der Flächenbearbeitung die Luftkammeranlage kostenlos zur Verfügung, jedoch wird in letzterem Falle, wenn erst größere Erfahrungen gesammelt sind, eine eventuelle mögliche Preisvereinbarung vorbehalten.“

Leipzig. Werkzeug und Schärfe frei.

Löbau. (Firma Aloh.) (Steinmehnenwerkzeug) frei.
Preise für Schleifmaterialien.
Schleifmasse 1/2 Kilogramm = 0.14 Mk.
Schmirgel 1/2 Kilogramm = 0.15 „
Karbtorundum 1/2 Kilogramm = 0.75 „
(Siehe Bestimmungen für Maschinenschleifer.)

Lohnen. (Firma Nierswald, Inh. F. Söfgen) Seite 6: „Werkzeug hat jeder Steinmehnen zu stellen, dagegen ist die Schmiedeschärfe frei.“

Für die Maschinenschleifer: (Seite 11):
„Alles Schleif- und Poliermaterial haben die Maschinenschleifer selbst zu beschaffen und vom Arbeitgeber zu entnehmen. Die Berechnung geschieht nach Maßgabe der jeweilig geltenden Einkaufspreise.“

Meißen. (Scheitler Werke.) „Für Sicherheit für Werkzeug und erwachsenden Schadens aus dem Arbeitsverhältnis gibt jeder Arbeiter eine Ration von 15 Mk., die in wöchentlichen Raten von a 30 Pf. abgezogen werden.“ (§ 8 des Tarifes.)

Nördlingen. „Das Werkzeug wird von dem Arbeitgeber verschafft.“ (Allgemeine Bestimmungen.)

Ober-Weilau. (Firma Lust.) Werkzeug für Steinmehnen frei.
Für Hand- und Maschinenschleifer lautet § 20: „Stahlmasse und Schmirgel werden zu 20 Pf. das Kilo, Karbtorundum zum jeweiligen Tagespreis angerechnet. Preisschwankungen werden von seiten des Bestandes jeweils beauftragt. Poliermaterialien wie Zinnmasse sowie Parbent und Abfälle von Polierfilz werden unentgeltlich abgegeben. Die Schleifer erhalten 5 Proz. für Material vergütet.“

Rostock. (Alle Firmen.) Für Steinmehnen Werkzeug frei.
Für Hand Schleifer lautet § 26: „Der Hand Schleifer hat alle Schleifmaterialien mit Ausnahme von Polierrot zu kaufen und werden ihm dieselben zum Selbstkostenpreis berechnet.“

Für Maschinenschleifer lautet § 8: „Die Materialien einschließlich Seife werden zum Selbstkostenpreis geliefert.“

Roth (Land). „Alle Werkzeuge und Schleifmaterialien stellt der Arbeitgeber. Das Schärfe geschieht auf Kosten des Arbeitgebers.“ (§ 6 des Tarifes.)

Schwaffalen. (Firma Köpfer.) Werkzeug und Schleifmaterialien sind frei.

Vorstehender Auszug zeigt, daß in der deutschen Granitindustrie endlich damit angesetzt werden muß, daß man dem Steinmetzen das Werkzeugstellen aufbürdet und ihm auch die Schwärzlosten zum Last legt. Die aufständigen Unkosten für die Schleifer müssen ebenfalls befreit werden. Damit muß sich also in Zukunft die deutsche Granitindustrie abfinden.

Zum Verbandstag.

II.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung stehen im engsten Zusammenhang mit dem Arbeitsprogramm des Kollegen Staudinger und können bei Besprechung desselben mit berührt werden. — Eine besondere Stellung wird die Handelspolitik einnehmen. Die unbeschränkte Konturierung der schwedischen Plastersteinindustrie hat verhängnisvolle Folgen für die deutsche Plasterindustrie. Ich bin Gegner dieser Anträge.

Von größter Wichtigkeit ist die energische Vertretung der sozialpolitischen Forderungen der Steinindustrie. In erster Linie gehört dahin die Anerkennung der Berufskrankheit der Steinarbeiter als Gewerbestrankheit. Die Arbeiterversicherungsgebarung enthält in dieser Beziehung eine schwere Benachteiligung der Arbeiter, die durch unermessliche Berufskrankheit allmählich in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt werden gegenüber denjenigen, die durch ein plötzliches, meist zufälliges Ereignis sich einer Erwerbsbeschränkung zuziehen, die unterschiedliche Bewertung von Berufskrankheiten und Vertriebsunfällen führt zu den verschiedensten Ergebnissen. Betriebsunfälle werden entschädigt, wenn sie zu einer Erwerbsbeschränkung von mindestens 10 Prozent führen. Berufskrankheit erst, wenn sie zur Invalidität, d. h. zu einer Erwerbsbeschränkung von mindestens 66 2/3 Prozent führen. So kann es vorkommen, daß ein Steinarbeiter infolge einer Fußverletzung 30 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt ist und eine entsprechende Rente erhält. Im gleichen Betriebe ist ein Steinarbeiter infolge Berufskrankheit 50 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt, erhält aber keine Rente. In beiden Fällen ist die Ursache auf die Tätigkeit in einem gefährlichen Beruf zurückzuführen. In dem einen Falle wurde die Erwerbsbeschränkung auf ein zufälliges plötzliches Ereignis herabgerufen, im anderen Falle durch die unermessliche dauernde Einwirkung der Schädlichkeit des Berufes. Die Reichsversicherungsordnung läßt die Anerkennung der Berufskrankheit als Gewerbestrankheit zu und sind verschiedene Krankheiten durch Bundesratsverordnung bereits anerkannt worden. Bei unachtsamer Betonung der Forderung wird sich die Regierung der Einbeziehung der Steinarbeiter-Berufskrankheit zu den Gewerbestrankheiten nicht entziehen können. — Gleich wichtig als die Stellung der eingetretenen Berufsschäden ist die Vorbeugung. Dazu gehört zunächst die Bekämpfung der Verletzungen anderer Versicherungsanstalten, die Übernahme eines Scheinjahrs für Steinarbeiter zu beschränken oder an die Verbindung des Berufswechsels zu knüpfen. Der Durchführung der Bundesratsverordnung ist die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Ferner muß dieselbe auf alle Steinarbeiter einschließlich der Auswärtigen und Saisonarbeiter ausgedehnt werden. Neben der Lohnfrage ist der Arbeiterwohl die wichtigste Frage, die im Vordergrund aller Forderungen stehen muß. Die wirksame Durchführung aller bestehenden und noch zu erlassenden Schutzbestimmungen durch regelmäßige Beaufsichtigung der Betriebe, und zwar durch Arbeiterkontrolleure garantiert werden.

Abgesehen von der Lohnfrage kann ich mich mit dem Arbeitsprogramm des Kollegen Staudinger resümiert erklären. Die Grundlage aller zukünftigen Arbeit bildet aber der Ausbau des Verbandes. In dieser Beziehung enthält aber das Programm eine auffallende Lücke. Der Ausbau des Verbandes darf sich nicht nur auf die Neuregelung des Unterhaltungswezens beziehen, sondern muß sich schon mit Rücksicht auf die umfangreichen Aufgaben der Zukunft weitere Ziele stecken. Die Durchführung des Arbeitsprogramms erfordert Arbeit und Kräfte, die weit über die Leistungsfähigkeit des Vorstandes in seiner jetzigen Besetzung und der nebenamtlichen Funktionäre in den Zahlstellen hinausgeht. Wir dürfen die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß wir während des Krieges viel an Boden verloren haben, und nicht nur allein durch die Einberufungen. Die Agitationsfähigkeit hat vollständig gelitten. Nicht zum geringsten hat die Durchführung der Lohnbewegung und der Teuerungszulagen durch den Mangel an Kräfte gelitten. Man muß dem Vorstand lassen, daß er das Möglichste bei seiner schwachen Besetzung versucht hat, um die dringenden Aufgaben zu erledigen. Es sei nur verwiesen auf die Regelung der Teuerungszulagen, der Schwerstarbeiterzulage uim. Der Erfolg wäre umfaßender gewesen, wenn in allen Gauen Kräfte zur Unterstützung zur Verfügung gewesen wären. Statt solche frei zu machen, wurden die Gauleitungen praktisch lahm gelegt. Das Resultat zeigte sich in dem erschreckenden Rückgang der Mitgliederzahl. Unsere Zahlstellen liegen zu 80 Prozent verstreut in ländlichen Gebieten. Sie werden nicht beunruhigt von dem seit 1917 in allen anderen Gewerkschaften eingetretenen Aufschwung und sind auf sich selbst angewiesen. Sie brauchen der tatkräftigen Unterstützung durch tüchtige fachkundige Kräfte, die sich ausschließlich der Verbandarbeit widmen. Die Besetzung der Gauleitungen ist jetzt eine unbedingte Notwendigkeit. Die Gauleite, die 1906 zur Besetzung der Gauleitungsstellen führten, sind jetzt in noch viel höherer Lage vorhanden. Es gibt nicht nur viel zurück zu erobern, sondern vor allen Dingen unser Arbeitsprogramm zu verwirklichen. Andernfalls bleibt daselbst ein schönes Blatt Papier! Der Kernpunkt darf bei uns dabei ebenso wenig als ein Nebenprodukt sein, wie bei anderen Gewerkschaften. Die langjährige Anwesenheit gegen angestellte Verbandsbeamte muß aufgegeben werden. Die Angehörigen sind nicht mehr ein notwendiges Übel, sondern eine Lebensnotwendigkeit für den Verband. Sogar für den Verbandstag nicht entschließen, schon jetzt die volle Verfügung der besten Leute zu beschließen, so muß er den Vorstand berechnungsfähig mit Kriegsabbruch den früheren Zustand wieder herzustellen. Wie die Angelegenheit sich jetzt gestaltet hat, kann dieser Fall nicht mehr eintreten. Der Verband darf sich dann nicht wieder, wie es oft schon, von den Verhältnissen überlassen lassen. Unverkennbar bleibt, wie unter solchen Umständen ein Antrag zur Reduzierung der Zahl der Vorstandsmitglieder gestellt werden kann. Von welchem Gehe und Zweck die Verjüngung der Gauleite abhängt, das ist schon seit langem bekannt. Ich habe mich schon oft über diese Angelegenheit geäußert. Ich habe mich schon oft über diese Angelegenheit geäußert. Ich habe mich schon oft über diese Angelegenheit geäußert.

Feldpostmitteilungen.

Bestand. Habe nun schon ziemlich lange nichts mehr von mir hören lassen. Ganz ohne Grund ist mein Schweigen jedoch nicht. Wir sind in letzter Zeit ziemlich wieder viel gewandert. Hatten schon seit mehreren Jahren Schicksal meinetwegen Stellungenwechsel durchgemacht. Zuletzt waren wir in Köln. Es verziehen dabei immer mehrere Tage bis wir in Köln kamen. In dem letzten Artikel über die Besetzung der Zahlstellen ist schon „abgelagert“ oder „erhalten“ derselbe Text (siehe in Nr. 49 ebendort). Etwas von meinen letzten Erfahrungen muß ich Dir doch mitteilen. Ich weiß ja nicht, ob Du den Schwärzlosten Beitrag von Leopold gekannt hast. Wie er mir in dem Brief mitteilt, hat er bei seinem letzten Urlaub auch auf dem Rhein. Während der er in Leipzig. Ich habe vom 21. zum 2. September Woche auf dem Verbandstag. Nach 22 Uhr

kam ein Krankenwagen mit Verwundeten. Der Wagenführer sagte zu mir, daß mich ein Verwundeter aus Weichenstadt sprechen wollte. Ich hielt dies fast für unmöglich, weil bei unserer Division doch keine Bayern sind. Der Wagenführer sagt mir aber, daß der Verwundete von einer andern Division sei. Ich half die Verwundeten mit ausladen und treffe tatsächlich den Steinmetzen W. Leopold unter denselben. Ich habe früher mit ihm lange zusammen gearbeitet. Er war ziemlich schwer verwundet, doch fürchte ich deswegen dabei noch nicht das Schlimmste. Was dabei sehr erstaunt, als mir bereits 1/2 Uhr morgens mitgeteilt wurde, daß Leopold verstorben ist. Am nächsten Tag haben wir ihn begraben. Dieser ruhig besonnene Kollege tut mir außerordentlich leid. Die Zahlstelle konnte ich nicht verständigen, weil ich nicht weiß, welcher er vor Kriegsausbruch angehört hat. Ihr werdet jetzt wohl bis an den Hals in Arbeit stehen. Hoffentlich findet diese Arbeit auch ihre Anerkennung. Mit freundlichem Gruß
Christian Schmidt.

Westfront. Beste Freunde! Eurem Bestreben, den Verband in seinen Leistungen auf seine größtmögliche Höhe zu bringen, wünsche ich vollen Erfolg. Ich befürchte nur, daß infolge der zentralen Beitragserhöhung unsere örtlichen (Berliner) Unterstützungseinrichtungen ins Hintertreffen kommen, wenngleich sich fürte, Geue u. a. die größte Mühe geben werden, auch diese auf der Höhe zu halten. Den Verhandlungen des Verbandstages sehe ich mit Spannung entgegen. Frdl. Gruß an das ganze Leipziger Oberkommando! Euer E. Winkler.

Bericht

von der Distrikts-Konferenz für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk

Die Konferenz fand am Sonntag, dem 22. September im Volkshaus zu Düsseldorf statt. Im Auftrage der Zahlstelle Düsseldorf begrüßte Kollege Montermann die Delegierten. Er hoffte, daß trotz der schweren Kriegszeit mit den schlimmsten wirtschaftlichen und politischen Begleiterscheinungen erprobliche Arbeit für die Kollegenschaft und die Organisation geleistet werden möge. Als Vorsitzender wurde Kollege Montermann gewählt. Die Tagesordnung lautete: 1. Stellungnahme zu einem eventuell abzuschließenden Bezirkstarif. 2. Die Erleichterung von Arbeitsnachweisen seitens unseres Verbandes. 3. Stellungnahme zu der Tagesordnung des Verbandstages in Leipzig.

Zum 1. Punkte nahm Gauleiter Herrmann das Wort. Eingehend besprach er die Vorgeschichte zur Schaffung eines Bezirkstarifes. Vor Ausbruch des Krieges befanden in den Zahlstellen: Köln I und II je 1 Tarif, in Düsseldorf deren 3 (Sandstein, Marmor und Grabdenkmalbranche), Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Kupferberg und Herbede je 1 Tarif, Dortmund und Münster je 2 Tarife, insgesamt 14 Tarife. Dann waren noch einige Spezialtarife mit einzelnen Firmen in verschiedenen Orten abgeschlossen. Die Tarife zeigten bezüglich der Arbeitszeit sowie der Entlohnung und Akkordpreise kein einheitliches Bild. Es zeigte sich, daß da, wo die Kollegen schon längere Jahre organisiert waren, die Arbeitszeit kürzer und die Entlohnung besser war als in den anderen Orten, wo der tarifliche Regelung der Lohn und Arbeitsverhältnisse nicht die Beachtung geschenkt wurde, als wie dies so dringend notwendig war. Bis zum Jahre 1906, wo die besoldete Gauleitung in Köln errichtet wurde, bestand nur allein in der Zahlstelle Köln I ein Tarifvertrag.

Eingehend besprach er dann die Kriegsmassnahmen des Verbandes zur Sicherung der bestehenden Tarifverträge. Als infolge der sehr langen Dauer des Krieges und der Abwehrmassnahmen der Feinde Deutschlands die Lebensmittelpreise sich immer höherer machten, fanden mit den Arbeitgebern der verschiedenen Orte Verhandlungen über Lohnaufbesserungen bzw. Gewährung von Teuerungszulagen statt. Das Resultat war naturgemäß nicht überall gleich. Die Teuerungszulage beträgt zum Beispiel in der Zahlstelle Köln I und II pro Woche 15 M. Daneben fand auch eine Stundenloohnerhöhung auf 1.10 M. statt. In anderen Orten des Gaus wurde nur eine Teuerungszulage bewilligt beziehungsweise eine Stundenloohnerhöhung und Erhöhung der Akkordpreise. Die Zahlstelle Duisburg erzielte vor einigen Tagen durch Verhandlungen eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 1.60 M. Zur Zeit finden noch Verhandlungen statt wegen Gewährung einer Teuerungszulage von wöchentlich 12 M.

Wenn die Vorarbeiten, wie Schaffung eines Entwurfes, Rücksprache mit der Leitung des Deutschen Steinindustrieverbandes etwas lange dauerte, so muß berücksichtigt werden, daß der Gauleiter seit über 1 1/2 Jahren in einem andern Verbande tätig ist und nur die allerdringendsten Arbeiten im Nebenamt erledigen kann. Der Bezirkstarif soll das Gebiet der Städte: Köln, Düsseldorf, Grevel, Bielefeld, Duisburg, Oberhausen, Mülheim a. d. Ruhr, Essen, Gelsenkirchen, Wanne, Dortmund, Hamm, Münster, Hagen, Solingen-Remscheid Elberfeld-Barmen und Böhwinkel umfassen.

v. Ryswyl, Zahlstelle Duisburg. Wir können dem Entwurf nicht zustimmen. Die Schaffung von Bezirkstarifen liegt nicht im Interesse der Kollegen der einzelnen Zahlstellen. Die Bezirkstarife werden Landesstarife, und zuletzt kommen wir zum Reichstarif. Der Einfluß der Kollegen in den einzelnen Orten auf die Besserstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse schwindet fast völlig. Die Gewerkschaftsangelegenheiten und die Zentralvorstände haben dann die Macht und werden sie rücksichtslos gebrauchen.

Rehbofer, Zahlstelle Essen. In eingehenden Darlegungen wendet er sich gegen die Ausführungen von Ryswyls. Man müsse bei der Schaffung des Bezirkstarifes von anderen Gesichtspunkten ausgehen. Der Lohn sei in Essen auch heute höher als der im Tarif vorgesehene. Aber es müsse berücksichtigt werden, daß eine Anzahl Orte im Bezirk vorhanden sei, wo der Stundenlohn noch nicht 1.40 M. betrage. Weiter sei es doch der Wunsch aller Kollegen, daß die Teuerungszulage vermindere und ein Abbruch mit Stundenlohn erfolge. Die Situation der Kollegen im Bezirke sei doch im Frieden schon eine sehr große gewesen, das werde auch nach dem Kriege wieder der Fall sein. Beißt könne es da vorkommen, daß der Kollege von Duisburg oder Essen oder anderen Orten mit hohen Löhnen in solchen mit niedrigeren Arbeit nehmen müsse. Weiter dürfe nicht verkannt werden, daß die Konturierung der Unternehmer in den verschiedenen nahe beieinanderliegenden Städte sich unliebsam bemerkbar mache. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten sei für die Gesamtkollegenchaft im Bezirke dringend notwendig. Auch er finde es sehr beklagenswert, daß die besoldete Gauleitung in Köln aufgehoben worden sei.

Schorstein, Zahlstelle Elberfeld. Es ist erfreulich, daß ein Bezirkstarif geschaffen werden soll. Die Vorteile für die Kollegen im Bezirk sind unverkennbar. Da, wo jetzt schon höhere Stundenlöhne bestehen, darf natürlich eine Kürzung nicht erfolgen.

Montermann, Zahlstelle Düsseldorf. Die Ausführungen des Kollegen Ryswyl sind nicht richtig. Man darf nicht nur die Kriegszeit im Auge haben, sondern muß auch die Überleitung in die Friedenswirtschaft in Betracht ziehen. Er glaube nicht, daß die hohen Löhne bei einer wesentlichen Verbilligung der Lebenshaltung bestehen bleiben. Tarifliche Vereinbarungen für größere Bezirke sind notwendig, der befürchtete Reichstarif wird so schnell nicht kommen.

Watz, Zahlstelle Bochum. Hier sind zur Zeit nur einige Kollegen beschäftigt, die früheren Mitglieder sind im Krieg oder Hilfsdienst tätig. Der Ausführungen von Ryswyl kann ich nicht zustimmen.

Hirshler und Bläser, Zahlstelle Duisburg. Sie sprechen im Sinne von Ryswyl sich gegen weitere Verhandlungen auf der Grundlage des Tarifentwurfes aus.

Huyarbi, Zahlstelle Düsseldorf. Er bespricht eingehend die schwierigen Verhandlungen zur Schaffung von neuen Vereinbarungen in Düsseldorf. Die Festsetzungen von erhöhten Stundenlöhnen und Bereinigung der Teuerungszulage sei nicht so einfach gewesen, als wie in Duisburg.

Schwarz, Zahlstelle Köln II. Mit dem vorliegenden Entwurf bin ich nicht einverstanden. Der geforderte Lohn von 1.40 M. ist zu gering. Eine Bindung bis 1. Juli 1919, wie vorgehen, lehnen wir ab. Kann die Regierung nicht für eine wesentlich billigere Lebenshaltung sorgen, dann müssen die Unternehmer den Lohn so erhöhen, daß man auskömmlich leben kann.

Im Schlußworte ging Herrmann in längeren Ausführungen auf die Darlegungen der einzelnen Redner ein. Die Abstimmung ergab, daß mit Einstimmigkeit der Entwurf abgelehnt wurde. Auf Antrag des Kollegen Rehbofer wurde beschlossen, daß Kollege v. Ryswyl einen Gegenentwurf auszuarbeiten soll, dieser wird den Zahl-

stellen übermittelt. Beide Entwürfe sollen dann in einer weiteren Konferenz nochmals durchberaten werden.

Ueber die Errichtung von Arbeitsnachweisen für unbeschäftigte Kollegen referierte der Gauleiter. Er hob die Bedeutung derselben hervor. Da der Verbandstag voraussichtlich die Einführung der Erwerbsunterstützung beschließen würde, bildete ein gut funktionierendes Arbeitsnachweis das Rückgrat derselben. Die Diskussion ergab, daß die Errichtung von Arbeitsnachweisen noch wenig Sympathie bei den Kollegen fand. In letzten Punkte der Tagesordnung wurden von einzelnen Kollegen verschiedene Anträge besprochen, die zum Verbandstage gehören. Gegen eine Beitragserhöhung und Neuregelung des Unterstützungswesens wurden keine Einwendungen gemacht. Die Einberufung des Verbandstages wurde für notwendig gehalten. Nach einem Schlußworte des Gauleiters wurde die Konferenz geschlossen.

Rundschau.

Karl Risse f.

Die Zahlstelle Leipzig hat wiederum einen tüchtigen, erprobten Verbandskollegen verloren. In einem westfälischen Lazarett verlor vor einigen Tagen Kollege Karl Risse im 42. Lebensjahre an Lungenerkrankung. Risse war seit Kriegsausbruch eingezogen, er stand bei der 1. Pionier-Kompagnie und tat 2 Jahre in Russland und 1 Jahr Kriegsdienst in Frankreich. Bis zu Kriegsausbruch leitete er die Zahlstelle Leipzig in recht mustergültiger Weise. Die tüchtigen Steinmetzen werden des Verstorbenen stets ehrend gedenken.

Wahlresultat.

Bei der Stichwahl im 19. Wahlkreis erhielten Erlacher-Münch 128, Fröhler-Floß 109 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Zur Beachtung für die Delegierten.

Zusammentritt der Delegierten zum Verbandstag am Sonntagabend im Volkshaus (Sachbau), Zimmer 9, I., Johler Straße 82.

Quittung.

Im Monat September gingen bei der Hauptkasse folgende Gelder ein:

Henzdorf 7.80, Niederlinda 19.96, Präisdorf 2.60, Homberg 12.00, Brenzlau 4.20, Namarkt 2.80, Glog 5.—, Bruchmühl 25.56, Düsseldorf 120.—, Rindnach 2.60, Freiburg i. Schl. 5.—, Alshausen 10.00, Hachteten 3.40, Bodenem 9.10, Schmaltalben Inf. 24.03, Berlin 10.25, Wien Inf. 18.93, Reibra 19.60, Wepler 175.12, Gölßen 14.00, Kronach 7.80, Auerbach 11.20, Halle 90.—, Böh-Jün 50.—, Witten 400.—, Zuma 5.80, Neustadt a. N. 14.—, Lunzenau 100.—, Witten 0.64, Zehe 4.90, Rempten 5.60, Böblich 8.52, Häßelst 300.—
H. Walther, d. B. Kassier.

Adressenänderung.

Deutchen (Schl.). Kass.: Jakob Manteg, Gr. Blottrichstr. 11. Bremen. Josef Jung, Böttelstr. 99. Böblich i. Erzgeb. Vor- und Kassierer: Rich. Engelmann, Marienberger Straße 75.

Vorstandsbekanntmachungen.

Den Zahlstellen, die die Arbeitsvermittlung eingeführt haben, sei mitgeteilt, daß beim Reichsstatistischen Amt in Berlin die Befreiung der sogenannten Weibepflicht beantragt wurde. Wer die Zahlstellen von der Weibepflicht befreit, dann werden sie große Scherereien entbunden.

Die Kollegen werden nochmals ausdrücklich auf den in voriger Nr. 40 veröffentlichten erhöhten Postgebührenentwurf hingewiesen, um unnütziges Strafporto zu sparen.

Arbeitsmarkt in der Steinindustrie.

Es werden gesucht:
Dreslau: 3 Steinmetzen.
Demitz: 10 Steinmetzen, 10 Plastersteinmacher.
Hannover: 8 Steinmetzen, 1 Schriftführer.
Freiburg (Baden): 3 Steinmetzen.
Kosfeld: 2 Steinmetzen, 3 Handfleischer.
Erfurt: 6 Steinmetzen, 1 Marmorhauer.
Arbeitsuchende haben sich an unsere Arbeitsvermittlungstellen zu wenden.

Anzeigen

Bei Arbeitsangeboten dürfen wir Hinweise über Arbeitszeit, Lohn und eventuelle Verpflichtung nicht bringen. Dieses den Herren Inserenten zur Kenntnisnahme.

Gesucht ein **junger Steinmetz** der Granitschrift haufen kann.
P. Iversen, Stein- u. Bildhauerei, Sonderburg, Löngang 11

Steinbrecher und Steinmetzen zur Einstellung gesucht.
Sächs. Steinindustrie H. Schmidt, Pirna

Mehrere **Granit-Steinmetzen** für dauernde Arbeit gesucht.
R. Lauschke & Co., Granitwerk, Einbeck

Im Felde gefallen

Sind nachstehende Kollegen:
Georg Bauer, 34 Jhr. alt, a. d. Zahlst. Winterhausen.
Otto Liborius, 38 Jhr. alt, aus d. Zahlst. Wittweida.
Ernst Neese, 22 Jahre alt, aus der Zahlst. Hasserode.
Karl Risse, 43 Jahre alt, aus d. Zahlstelle Leipzig I.
Paul Starke, 46 Jahre alt, a. d. Zahlstelle Dresden.
Chre ihrem Andenken!
(Wir erziehen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanmeldungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)
In **Berlin** am 3. Okt. der Sandsteinmetz **Karl Lotze**, 70 Jahre alt, an Zuckerkrankheit u. d. Lungenerkrankung.
Chre seinem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staudinger, Verlag Paul Starke, beide in Leipzig.
Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königsstraße 5.